

# Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

## Protokoll

### Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit

---

**Sitzung:** Dienstag, 05.12.2017

**Ort:** Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

**Beginn:** 10:00 Uhr

**Ende:** 13:47 Uhr

---

#### Anwesend

##### Mitglieder

Frau Annette Schütze - SPD

Herr Claas Merfort - CDU

Frau Astrid Buchholz - BIBS

Frau Christiane Jaschinski-Gaus - SPD

Frau Annette Johannes - SPD

Frau Heidemarie Mundlos - CDU

Herr Dr. Hans E. Müller - AfD

Frau Annika Naber - B90/GRÜNE

Frau Gisela Ohnesorge - DIE LINKE.

Herr Kurt Schrader - CDU

Frau Cornelia Seiffert - SPD

Herr Maximilian Hahn - Die Fraktion P2

Herr Carsten Lehmann - FDP

Herr Michael Baumgart - B90/GRÜNE

Herr Arnim Graßhoff

Herr Andreas Paruszewski

Herr Gerrit Stühmeier

Frau Christine Wolnik

Herr Rolf Kamphenkel

Herr Norbert Velten - Sprecher AGW

Herr Dr. Günter Weinhausen - Vorsitzende/r des Seniorenrates

##### Verwaltung

Frau Dr. Andrea Hanke - Dezernentin V

Herr Martin Klockgether – FBL 50

Frau Marion Becker – FB 50

Frau Dr. Brigitte Buhr-Riehm – FB 50

Frau Felicia Ferdinand – FB 50  
Herr Norbert Rüscher – FB 50  
Frau Birgit Glaser – FB 50  
Herr Marcus Schumann – FB 50  
Frau Marion Lenz – Ref. 0150  
Herr Heinz Kaiser – Ehrenvors. Behindertenbeirat

## **Abwesend**

### **Mitglieder**

Herr Frido Gaus - AfD abwesend

### **Tagesordnung**

#### **Öffentlicher Teil:**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.10.2017
- 3 Flüchtlingsangelegenheiten
- 4 Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021 17-05943
- 5 Mitteilungen
- 5.1 Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen 17-05944
- 5.2 Braunschweig Inklusiv: Sachstandsbericht zur Entwicklung einer kommunalen Teilhabeplanung der Stadt Braunschweig - Kommunalen Aktionsplan (KAP) 17-05550
- 5.3 Sachstandsbericht Braunschweig-Mobil-Ticket 17-05964
- 6 Anträge
- 6.1 Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt 17-05485
- 7 Anfragen
- 7.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905
- 7.1.1 Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905-01
- 7.2 Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812
- 7.2.1 Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812-01

7.3	Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters	17-05915
7.3.1	Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters	17-05915-01
7.4	Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig	17-05968
7.4.1	Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig	17-05968-01

## **Protokoll**

### **Öffentlicher Teil:**

#### **1. Eröffnung der Sitzung**

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

Die Dringlichkeit der Anfrage 17-05968 wird einstimmig beschlossen. Die Anfrage wird als TOP 7.4 auf die Tagesordnung aufgenommen.

#### **2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 17.10.2017**

Die Niederschrift wird ohne weitere Anmerkungen genehmigt.

Das Protokoll wird genehmigt.

#### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 10; dagegen: 0; Enth.: 1

#### **3. Flüchtlingsangelegenheiten**

Frau Dr. Hanke erläutert, dass die Verteilquote 2017 von 492 Personen bis zum 31. März 2018 verlängert werde. Zur Zeit werden wöchentlich ca. 3 - 5 Personen zugewiesen, zum Stand 30. November 2017 lag die Zahl der tatsächlichen Zuweisungen bei 189.

In den vier zur Zeit belegten Wohnstandorten Bienrode, Gartenstadt, Gliesmarode und Melverode lebten aktuell 266 Personen. Dezentral untergebracht seien 116 Personen in 40 Wohnungen.

Im Jahr 2017 seien bisher 22 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge aus den Jugendhilfemaßnahmen ausgeschieden und in Wohnstandorten aufgenommen worden. Die Quote für die Aufnahme von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sei jedoch noch erfüllt.

Ratsherr Schrader erkundigt sich nach der Entwicklung der Zahlen bei den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. Frau Dr. Hanke erklärt, dass die Zahlen relativ konstant gleichbleibend seien.

Frau Dr. Hanke berichtet, dass wöchentlich ca. 3-5 Personen zugewiesen werden, die Zahl der tatsächlichen Zuweisungen liegt zum aktuellen Stand bei 189. Die Verteilquote, die für das Jahr 2017 angesetzt war, werde verlängert bis zum 31. März 2018.

Derzeit seien in vier Wohnstandorten 266 Geflüchtete untergebracht. Weitere 116 Personen seien dezentral in Wohnungen untergebracht.

Es seien bis zum jetzigen Zeitpunkt 22 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge ausgeschieden, die Quote sei damit weiterhin erfüllt. Der Trend bei der Anzahl der neu ankommenden unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen sei gleichbleibend. Wenn die Quote in Braunschweig erreicht sei, würden diese auch auf andere Kommunen verteilt.

#### **4. Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021**

**17-05943**

##### **Anfragen und Anregungen**

###### A 014

Eine abschließende Beantwortung erfolgt erst zur Sitzung des Rates bzw. des Jugendhilfeausschusses. Die Beantwortung wird zum Protokoll nachgereicht:

###### A 015

Ratsfrau Ohnesorge kritisiert, die Stellungnahme der Verwaltung sei zu allgemein gefasst. Frau Naber erklärt, sie hätte sich konkretere Vorschläge für Verbesserungen im Sozial- und Gesundheitsbereich gewünscht.

Ratsfrau Schütze bittet Herrn Kaiser, zum Thema Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden Stellung zu nehmen.

Herr Kaiser erläutert, das Thema sei erstmalig im Jahr 2010 behandelt worden. Im Folgenden wurden einige städtische Gebäude barrierefrei umgebaut, bei einigen Gebäuden gestaltete es sich jedoch schwierig, Barrierefreiheit umzusetzen. Auf die Nachfrage von Ratsfrau Schütze, wie er die Situation aktuell einschätze, erläutert Herr Kaiser, da die Gebäude im öffentlichen Interesse stünden, sei eine erneute Bestandsaufnahme durch den Fachbereich 65 ggf. erforderlich.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Schütze erklärt Herr Rüscher, dass das Thema nicht nur in der AG Inklusion, sondern darüber auch bei ISEK und den Rahmenprojekten Berücksichtigung finde.

Ratsfrau Jaschinski-Gaus fragt Herrn Kamphenkel, ob bei Sanierung städtischer Gebäude der Behindertenbeirat automatisch eingebunden werde. Dieser erklärt, dass die Zusammenarbeit mit der Stadt Braunschweig in diesem Bereich gut funktioniere, und der Behindertenbeirat aktuell bei der Schulplanung einbezogen werde.

###### A 023

Ratsherr Dr. Müller erklärt, dass die AfD die Anfrage zurückziehe.

##### **Finanzunwirksame Anträge**

###### FU 042

Ratsfrau Johannes erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zu den Räumlichkeiten von pro familia.

Frau Dr. Buhr-Riehm erläutert, dass zur Zeit sowohl pro familia in Eigeninitiative, als auch die Stadt Braunschweig nach geeigneten Räumlichkeiten außerhalb des Gesundheitsamtes suche. Der Wechsel sei nötig, da sich neue Aufgaben mit mehr Raumbedarf ergeben hätten, und der Raumbedarf im Gesundheitsamt allgemein sehr hoch sei. Ratsfrau Schütze bittet um Mitteilung an den Ausschuss, sobald eine Lösung gefunden wurde.

###### FU 045

Frau Dr. Hanke erklärt auf Nachfrage, dass aus Ihrer Sicht ein Zwei-Jahres-Rhythmus für die Erstellung des Sozialatlas sinnvoll sei.

#### FU 046

Der Antrag wird zurückgezogen. Stattdessen wird über den gemeinsamen finanzwirksamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Handlungskonzept Kinderarmut: Einrichtung eines Schulmittelfonds" (Tischvorlage) abgestimmt. Mit diesem Antrag haben sich auch die finanzwirksamen Anträge Nr. 074 und Nr. 075 erledigt.

Auf Nachfrage von Ratsfrau Ohnesorge erläutert Ratsfrau Naber, dass die 100.000 € aus dem Antrag zunächst für die Erstellung eines Konzeptes im Schuljahr 2018/2019 verwendet werden sollen. Ausgehend vom erstellten Konzept müssten ggf. die zur Umsetzung notwendigen Haushaltsmittel angepasst werden.

Frau Dr. Hanke erklärt, dass ab rd. 100.000 € bzw. 200.000 € zwar zunächst sinnvoll eingesetzt werden könnten, jedoch für 2019 betrachtet höhere Kosten aufgrund von Personalkosten entstehen würden, da diese hiermit nicht abgedeckt seien.

Der Antrag auf passieren lassen wird einstimmig angenommen. Der Antrag soll abschließend im Schulausschuss behandelt werden.

#### FU 047

Frau Dr. Hanke erklärt, dass sich auch die Gesundheitsregion mit dem Thema beschäftige.

Frau Dr. Buhr-Riehm erläutert dazu, dass auch beim Gesundheitsamt Interesse an einer früheren Prävention bestehe. Am 20. Juni 2018 finde zudem eine Konferenz zum Thema Kindergesundheit statt, danach sei auch von Seiten der Verwaltung die Erstellung eines Konzeptes geplant.

#### FU 048

Der Antrag wird zurückgezogen. Stattdessen wird über den gemeinsamen finanzwirksamen Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen "Wohnwagenaufstellplatz Madamenweg 94" (Tischvorlage) abgestimmt. Mit diesem Antrag haben sich auch die Anträge zum Investitionsprogramm Nr. 151 und Nr. 161 erledigt.

Herr Klockgether erläutert, dass die von der Verwaltung eingestellten Mittel in Höhe von 26.400 € für die Ertüchtigung der bereits vorhandenen Anlagen eingeplant sind.

Ratsfrau Naber erklärt, dass mit der im Antrag um 63.600 € auf insgesamt 90.000 € aufgestockten Summe sowohl diese Ertüchtigungen vorgenommen werden sollen, als auch zusätzliche neue Anschlüsse für Ver- und Entsorgung geschaffen werden sollen.

Die Formulierung im Antrag, es solle ein mit den Bewohner\*innen des Wohnwagenaufstellplatzes abgestimmtes Konzept entwickelt werden, wird als problematisch angesehen. Der zweite Absatz des Beschlussvorschlages wird daher folgendermaßen geändert:

*"Diese Mittel werden mit einem Sperrvermerk versehen, bis die Verwaltung mit dem runden Tisch einen Konsens über die Maßnahmen hergestellt hat."*

#### **Beschluss:**

1. Über die Anträge der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und über die Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) wird abgestimmt wie in den Anlagen vermerkt. Die Anlagen samt Einzelabstimmungsergebnissen sind Bestandteile des Beschlusses.

2. Dem Entwurf des Haushaltsplans 2018 einschließlich der unentgeltlichen Zuwendungen im Zuständigkeitsbereich des Fachbereiches Soziales und Gesundheit (Anlage 3) und dem Entwurf

des Investitionsprogramms 2017 - 2021 wird unter Berücksichtigung der Einzelabstimmungsergebnisse zu den Anträgen der Fraktionen des Rates und der Stadtbezirksräte (Anlagen 1.0 bis 1.2) und den Ansatzveränderungen der Verwaltung (Anlagen 2.1 und 2.2) zugestimmt.

Die Einzelabstimmungsergebnisse zu Ziff. 1 sind erfolgt (s. Anlage).

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 5; dagegen: 4; Enth.: 1

## **5. Mitteilungen**

### **5.1. Haushalt 2018 - Investitionsprogramm 2017 - 2021; Beantwortung von Anfragen und Anregungen der Fraktionen 17-05944**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **5.2. Braunschweig Inklusiv: Sachstandsbericht zur Entwicklung einer kommunalen Teilhabeplanung der Stadt Braunschweig - Kommunaler Aktionsplan (KAP) 17-05550**

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

### **5.3. Sachstandsbericht Braunschweig-Mobil-Ticket 17-05964**

Ratsfrau Ohnesorge fragt nach, wie sich bei der Gewinn- und Verlustrechnung der Braunschweiger Verkehrs GmbH der Verlust an Einzelfahrscheinen berechnet.

Hierzu wird zum Protokoll folgende Beantwortung der Braunschweiger Verkehrs-GmbH nachgereicht:

„Die 114 T€ Ertragsreduzierung entstammen einer Grobkalkulation aus 05/2016, die für den FB 20 als Sitzungsunterstützung erstellt wurde.

Dort wurde bei unterschiedlichsten Nutzungsannahmen ein daraus möglicher Ertragsausfall aufgezeigt. Beispielhaft wurde bei Nutzung von 10 % der angenommenen 6.000 BS-Mobilticketberechtigten in der beantragten Gültigkeitsausweitung vor 9:00 Uhr abgenommen, dass diese Kunden je Woche bislang an je 2 Tagen mit einem 10-Ticket fahren, was bei der Aufweitung wegfiel. Rechnung = 2 Fahrten 1,8 € (Ansatz günstigste 10-er Karte) \* 50 Wochen \* 600 Kunden (10 % von 6.000) = 114 T€/a.

Durch die Ausweitung außerhalb der Spitze wurde keine Steigerung der Produktionskosten durch die Mehrkunden unterstellt.

Nach Auswertung der Probephase mit Gültigkeit ab 8:30 Uhr wurde deutlich:

1. rd. 440 anstatt der im Beispiel angesetzten 600 Monatskunden nutzen das BS-Mobil in 2017 zusätzlich
2. die BS-Mobil Verkäufe 2017 führen zu einem Mehrertrag von 79.875 €/a. Es ist fraglich, ob dieser Mehrertrag inhaltlich etwas mit der Zeitausweitung zu tun hat, oder ob dieser durch zusätzliche Berechtigte (u.a. Flüchtlinge, Anstieg von Geringverdienern etc.) sind, die auch ohne die Aufweitung in das System gekommen wären. tatsächlich
3. die Mindererträge durch die BS-Mobilkunden nicht nur im günstigen Segment des 10-er Tickets, sondern bei Einzeltickets, Tageskarten und Monatskarten auftauchen, wie uns die Kunden als Positivmeldung im Kundenzentrum berichten.  
Vereinfachte Ermittlung der Mindererträge = 6.189 BS-Mobil Kunden 2017/Monat \* 6 € Woche (3 Fahrten 10-Ticket 2,05 €/Ticket 2017 statt Ansatz 3,8 €) \* 4 Wochen/Monat = 148.500 €/a
4. die genannte Gesamtbelastung der BSVG von rd. 60-70 T€/a entsteht; da Teile des unter Punkt 2 gezeigten Ertragszuwachses nicht der Ausweitung ansetzbar sein werden, steigt die Ergebnisbelastung sogar über den gezeigten Wert an.

Im Detail ist diese Berechnung, wie in allen Vorlagen ausgeführt, nicht belegbar, da das exakte Nutzerverhalten der BS-Mobilkunden vor der Umstellung als „anonymer“ Einzelfahrscheinkunde nicht valide zu berechnen ist.“

Frau Dr. Hanke erläutert, dass über eine Verlängerung des BS-Mobil-Tickets der Rat neu beschließen müsse.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

## **6. Anträge**

### **6.1. Barrierefreiheit Haupteingang Rathaus-Altbau und Gesundheitsamt 17-05485**

Zum Antrag äußert sich Herr Kaiser aus dem Behindertenbeirat.

Er erläutert, dass in den Jahren 2011/2012 auf Antrag des Behindertenbeirates Mittel für die Sanierung des Rathauses eingestellt wurden. Gemeinsam mit der Bauverwaltung habe eine Kostenermittlung stattgefunden.

Bereits zu diesem Zeitpunkt sei allen Beteiligten bewusst gewesen, dass die Barrierefreiheit im Rathaus Altbau nur schwierig umzusetzen sein werde. Daher wurde ei möglichst kurzer Weg gesucht, da ein direkter barrierefreier Zugang vom Platz der Deutschen Einheit aus nicht möglich sei. Denn hier hätte sich spätestens beim Pfortner die nächste Barriere ergeben, der Hinterhof sei wiederum zu eng für einen barrierefreien Zugang. Über den Neubau am Bohlweg sei nun ein barrierefreier Zugang möglich, da Jeder ohne fremde Hilfe in den Altbau gelangen könne. Es gebe einen Fahrstuhl mit Sprachansage, in der auf den Übergang in der Zwischentage im 3. Stock hingewiesen werde. Zudem gebe es motorische Türen, sowie Hörinduktionsanlagen und auch Sehbehinderungen seien bei der Ausgestaltung berücksichtigt worden. Problematisch sei beim Zugang zum Rathaus Altbau lediglich weiterhin, dass am Eingang nicht schnell genug zu erkennen sei, wo sich der barrierefreie Zugang befinde. Eine größere Beschilderung sei laut Denkmalschutz ggf. bedenklich. Zudem seien noch drei weitere Türen zu motorisieren.

Zur Barrierefreiheit im Gesundheitsamt erläutert Herr Kaiser, dass zwar eine Toilette gebaut worden sei, die weiteren Themen jedoch von Politik und Verwaltung nicht weiter verfolgt wurden. Eine gesamte Sanierung des Gesundheitsamtes sei jedoch ggf. erforderlich. 2018 müssten Gelder für den zur Zeit stillgelegten Aufzug im hinteren Teil des Gesundheitsamtes zur Verfügung gestellt werden. Er schätzt die Kosten für die Aktivierung des Aufzuges auf ca. 100.000 €. Der Eingang bräuchte zudem eine neue Tür/eine Vorrichtung (geschätzte Kosten ca. 10.000 €) und Türen müssten motorisiert werden (geschätzte Kosten ca. 200.000 - 250.000 €).

Ratsherr Merfort schlägt vor, den Antrag passieren zu lassen.

Ratsfrau Ohnesorge ist der Ansicht, dass kleinere Umbauten zeitnah möglich sein sollten, da beispielsweise der Fahrstuhl bereits vorhanden sei und lediglich wieder in Betrieb genommen werden müsse.

Als Information wird zum Protokoll nachgereicht, dass ein Haushaltsausgaberest für den Aufzug im Gesundheitsamt nicht vorhanden sei.

### **Beschluss:**

Die Vorlage soll im Verwaltungsausschluss abschließend behandelt werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

passiert

## **7. Anfragen**

### **7.1. Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905**

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05905-01 beantwortet.

#### **7.1.1. Aufsuchende Sozialarbeit in der Freilufttrinkerszene, Arbeitskreis Streetwork 17-05905-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **7.2. Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812**

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05812-01 beantwortet.

#### **7.2.1. Jobcenter: Einzelbezogene Betrachtung und Betreuung 17-05812-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **7.3. Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters 17-05915**

Auf Nachfrage von Ratsfrau Ohnesorge, warum es nur noch zwei Jobfabriken gebe, erläutert Frau Dr. Hanke, dass eine Umstrukturierung des Jobcenters stattgefunden habe. Einer der Standorte sei nicht wie erhofft genutzt worden, daher habe man konzeptionelle Veränderungen hin zur Zentralisierung umgesetzt.

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05915-01 beantwortet.

#### **7.3.1. Finanzierung der "Jobfabriken" des Jobcenters 17-05915-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

### **7.4. Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig 17-05968**

Auf Nachfrage erläutert Frau Dr. Hanke, dass die Geltendmachung ausgesetzt werde, bis das Klageverfahren ausgeurteilt sei, und anschließend entsprechend weiter verfahren werde.

Die Vorlage wird mit der nachfolgenden Stellungnahme 17-05968-01 beantwortet.

#### **7.4.1. Dringlichkeitsanfrage: Situation der "Flüchtlingspaten" in Braunschweig 17-05968-01**

Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

gez.  
Schütze  
Ausschussvorsitzende

gez.  
Dr. Hanke  
Dezernentin

gez.  
Ferdinand  
Protokollführung